

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 32/2011

Leipzig, den 20.12.2011

Mehr Freiheit zum Sparen?

GEW Sachsen zum Hochschulentwicklungsplan 2020 und zur Novelle des SächsHSG

Mit großer Besorgnis nimmt die Bildungsgewerkschaft GEW die heute von der sächsischen Staatsregierung vollmundig verkündeten „wichtigen hochschulpolitischen Weichenstellungen“ zur Kenntnis. Der von der Wissenschaftsministerin vorgestellte Hochschulentwicklungsplan 2020 degradiert die sächsische Wissenschafts- und Hochschullandschaft zum Mittelmaß. Immer mehr Studierende sollen von immer weniger Professoren und Mitarbeitern auf hohem Niveau ausgebildet werden. Gleichzeitig sollen die Hochschulen mehr Freiheit erhalten, um den Personalmangel besser verwalten zu können.

Marco Unger, stellvertretender GEW-Landesvorsitzender für den Bereich Hochschule und Forschung:

"Exzellenz soll mit immer weniger Personal erreicht werden. Die Staatsregierung fordert von den Hochschulen die Quadratur des Kreises. Weitsichtige Hochschulpolitik sieht anders aus. Weitere Stellenkürzungen sind mit der GEW nicht zu machen. Mehr Studierende brauchen nicht weniger, sondern mehr Personal. Von den Hochschulen zu fordern, in Forschung und Lehre exzellent zu sein, und gleichzeitig die Stellen zu streichen, ist kurzsichtig."

Das gilt nach Auffassung der GEW auch für die Lehrerbildung. Während die TU Dresden und die Universität Leipzig Stellen streichen müssen, die auch für die Lehrerbildung relevant sind, soll an der TU Chemnitz, die ebenfalls 42 Stellen abbauen muss, eine Lehramtsausbildung völlig neu aufgebaut werden.

„So sehr wir angesichts des hohen zukünftigen Lehrerberufes eine Ausweitung der Lehrerbildung begrüßen, so groß ist unsere Skepsis hinsichtlich des Weges, den die Staatsregierung hier einzuschlagen gedenkt. Weder mit der umstrittenen Rückkehr zum Staatsexamen noch mit einer rein quantitativen Ausweitung der Standorte und der Studienplätze wird die Lehrerbildung in Sachsen die von der Staatsregierung angestrebte Exzellenz erreichen. Dafür sind vor allem qualitative Entwicklungen notwendig, die entsprechender personeller Grundlagen bedürfen. Nur eine hohe Qualität wird mehr Interessenten für den Lehrerberuf zu einem Studium in Sachsen bewegen“, so M. Unger.

Die GEW wird sich mit den heute vorgestellten Grundlagen der zukünftigen Hochschulpolitik der CDU-FDP-Koalition intensiv und kritisch auseinandersetzen.

Nachfragen möglich unter 0160 – 2103 888 (Herr Unger)